

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
Einleitung	27
A. Einführung in das Thema	27
I. Die Einziehung von Taterträgen in der EU zwischen Pluralisierung und Harmonisierung	27
II. Die Einziehung von Taterträgen in der EU als Rechtsinstitut, kriminalpolitisches Instrument und soziale Forderung	28
III. Die Einführung neuer Einziehungsformen ohne Verurteilung	33
B. Begriffliche Erläuterungen	34
C. Gegenstand der Untersuchung	40
I. Die Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes	40
II. Die Ziele der Untersuchung	43
III. Die Forschungsmethode	46
Erster Teil: Die Internationalisierung und Europäisierung der NCBC	49
A. Der rechtshistorische Ansatz: Die internationale Entwicklung der NCBC in Zeit und Raum	49
B. Der gesetzgeberische Ansatz: Die Bemühungen um eine Regelung der NCBC auf internationaler Ebene	52
I. Einleitung	52
II. Die völkerrechtlichen Verträge	53
1. Die Vereinten Nationen	53
a) Die Wiener Konvention von 1988: Das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (<i>United Nations Convention against Illicit Traffic in Narcotic Drugs and Psychotropic Substances – UNCATND</i>)	53

b)	Die New Yorker Konvention von 1999: Das internationale Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus (<i>International Convention for the Suppression of the Financing of Terrorism</i>)	55
c)	Die Palermo-Konvention von 2000: Das Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (<i>United Nations Convention against transnational organized crime</i> – UNTOC)	56
d)	Die Merida-UN-Konvention gegen Korruption von 2003: Das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption (<i>United Nations Convention against Corruption</i> – UNCAC)	58
e)	Zwischenergebnis	62
2.	Der Europarat	63
a)	Die Straßburger Konvention von 1990: Das Übereinkommen über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten (SEV Nr. 141)	64
b)	Die Warschauer Konvention von 2005: Das Übereinkommen des Europarats über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten und über die Finanzierung des Terrorismus (SEV Nr. 198)	66
c)	Die Straßburger Konvention von 1999: Das Strafrechtsübereinkommen über Korruption (SEV Nr. 173)	68
d)	Zwischenergebnis	68
3.	Die OECD-Konvention von 1997: Das Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr	69
III.	<i>Soft Law</i> -Instrumente	70
1.	Die 2012 überarbeiteten FATF-Empfehlungen	70
2.	Die StAR-Initiative von 2008	74
3.	Die G8 <i>Best Practice Principles</i> über das Aufspüren, Sicherstellung und Einziehung von Vermögenswerten von 2004	75
IV.	Zwischenfazit	77

C. Der gesetzgeberische Ansatz: Die Bemühungen um eine Regelung der NCBC auf europäischer Ebene	78
I. Die EU-Strafrechtspolitik im Bereich der Vermögensabschöpfung und die EU-Vision der Schaffung eines gemeinsamen Vermögensabschöpfungsmodells	78
II. Die EU-Bemühungen der Schaffung eines gemeinsamen Einziehungsmodells durch Harmonisierung und gegenseitige Anerkennung	80
III. Exkurs: Das Verhältnis zwischen Harmonisierung und gegenseitiger Anerkennung im Rahmen der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen nach dem Vertrag von Lissabon (Art. 67, 82, 83 AEUV)	83
IV. Die Richtlinie 2014/42/EU	86
1. Das Gesetzgebungsverfahren bis zur Verabschiedung der RL 2014/42/EU	86
a) Die Standpunkte von Rat, Parlament und Kommission	86
aa) Der Europäische Rat	86
bb) Das Europäische Parlament	87
cc) Die Europäische Kommission	89
b) Der Vorschlag für eine Richtlinie seitens der Kommission	92
c) Die Wahrnehmung des Vorschlags von verschiedenen Akteuren	95
2. Die wichtigsten Vorschriften der RL 2014/42/EU	99
a) Die Rechtsgrundlage	100
b) Der Gegenstand und der Anwendungsbereich	103
c) Die Einziehungsformen unter Harmonisierung	107
aa) Der Stand der Harmonisierung der Einziehungsformen vor der RL 2014/42/EU	108
bb) Die erweiterte Einziehung in Art. 5 RL 2014/42/EU	111
cc) Die Einziehung ohne Verurteilung in Art. 4 (2) RL 2014/42/EU	115
dd) Die Verhältnismäßigkeitsprüfung als materielle Grenze der Einziehungsanordnung	119
d) Die Garantien unter der Harmonisierung	119
3. Die Bewertung der RL 2014/42/EU	121

V. Die Verordnung (EU) 2018/1805	121
1. Einleitung	121
2. Der Gegenstand und der Anwendungsbereich – Art. 1–3 VO (EU) 2018/1805	123
3. Vom „Strafverfahren“ zum „Verfahren in Strafsachen“ – Überlegungen über den Gegenstand der Art. 1 (1) und (4) VO (EU) 2018/1805	126
4. Die anwendbaren Garantien	130
5. Das Anerkennungsverfahren der grenzübergreifenden Einziehungsentscheidungen nach der VO (EU) 2018/1805 (Kapitel III Art. 14–22)	131
6. Die Versagungs- und Aussetzungsgründe als Grenze der gegenseitigen Anerkennung – Art. 19 und Art. 21 VO (EU) 2018/1805	134
a) <i>Ne bis in idem</i>	136
b) Immunität	139
c) Unzulänglichkeiten in der Einziehungsberechtigung	140
d) Beiderseitige Strafbarkeit	140
e) Territorialitätsklausel	141
f) Wahrung der Rechte Dritter	142
g) Abwesenheitsverfahren	142
h) Grundrechtsverletzungen	142
VI. Zwischenfazit	144
D. Fazit	145
Zweiter Teil: Länderbericht Deutschland	147
A. Die Stellung der Einziehung im deutschen strafrechtlichen Sanktionensystem	147
B. Die Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung von 2017	152
C. Die Entstehungsgeschichte der Vermögensabschöpfung in Deutschland	154
D. Die Rechtsnatur der Einziehung von Taterträgen (§§ 73 ff. StGB)	160
E. Die verurteilungsunabhängigen Einziehungsformen	165
I. Die materiellrechtliche Ebene	165
1. Die erweiterte Einziehung (§ 73a StGB)	165

2. Die selbstständige Einziehung (§ 76a (1–3) StGB)	169
3. Die selbstständige erweiterte Einziehung (§ 76a (4) StGB)	170
4. Die Verjährungsregeln (§ 76b StGB)	172
5. Die Übergangsregelung nach Art. 316h (1) EGStGB und die rückwirkende Anwendung der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung	173
II. Die prozessualrechtliche Ebene	175
1. Einführung	175
2. Das selbstständige Einziehungsverfahren (§§ 435 ff. StPO)	178
3. Die Kriterien von § 437 StPO	181
a) Beweismaßstab	183
b) Beweisgegenstand	184
c) Beweislast	184
4. Die Rechtsmittel	185
III. Die vollstreckungsrechtliche Ebene: Das Strafvollstreckungsverfahren (§§ 459g ff. StPO)	185
IV. Die Rechtshilfe bei grenzüberschreitender Einziehung innerhalb der EU (§§ 88 ff. IRG)	187
1. Die zuständige Behörde für die Anerkennung und Vollstreckung von Einziehungentscheidungen aus einem anderen EU-Mitgliedstaat	187
2. Ablehnungs- und Aussetzungsgründe für die Anerkennung und Vollstreckung von Einziehungentscheidungen	189
3. Garantien und Rechtsmittel des Einziehungsbetroffenen bei der Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Einziehungentscheidungen innerhalb der EU	193
4. Zeitliche Grenze für die Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Einziehungentscheidungen innerhalb der EU	194
F. Fragen zur Verfassungsmäßigkeit der verurteilungsunabhängigen Einziehungsformen in der deutschen Rechtsordnung	195
G. Ausblick	199

Dritter Teil: Länderbericht Italien	201
A. Das italienische Sanktionensystem und die Stellung der Einziehung darin – im Spannungsfeld zwischen <i>pene, misure di sicurezza</i> und <i>misure di prevenzione</i> als <i>terzo binario</i>	201
B. Das Panorama der Einziehungsformen in Italien	204
C. Ein rechtshistorischer Rückblick – Die wichtigsten Meilensteine in der Entwicklung der Einziehung in der italienischen Rechtsordnung	207
D. Eine schematische Darstellung der italienischen Einziehungskarte	215
I. Art. 240 c.p. – Die unmittelbare traditionelle Einziehung als Sicherungsmaßnahme (<i>misura di sicurezza</i>)	215
II. Die mittelbare Wertersatzeinziehung (<i>confisca per equivalente o di valore</i>) als Strafe	216
III. Die Einziehung nach Krankheit, Flucht, Tod, Unzurechnungsfähigkeit, Verjährung, Amnestie etc.	217
IV. Art. 240-bis c.p. – Die erweiterte Einziehung (<i>confisca allargata o per sproporzione o estesa</i>)	219
1. Zeitliche Entwicklung und Einordnung	219
2. Rechtsnatur	226
3. Anordnungsvoraussetzungen	228
a) Verurteilung oder Prozessabsprache (<i>plea bargaining</i>) aus einer Liste von Straftaten	228
b) Inhaberschaft (<i>titolarità</i>) oder Verfügungsmacht (<i>disponibilità</i>)	230
c) Missverhältnis zwischen dem Wert des Vermögens und dem zu Steuerzwecken erklärten Einkommen oder der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeit (<i>sproporzione reddito dichiarato o attività economica svolta</i>)	231
d) Fehlende Darlegung der legalen Herkunft der Vermögenswerte durch den Verurteilten	234
e) Zwischenfazit	234
4. Verfahrensrechtliche Aspekte	236
a) Beweislast	236
b) Verfahren und Rechtsmittel	237

V. Art. 24 c.a. – Die vermögensbezogenen Präventionsmaßnahmen (<i>misure di prevenzione patrimoniali</i>)	238
1. Einordnung	238
2. Rechtsnatur	239
3. Anordnungsvoraussetzungen	243
a) Die soziale Gefährlichkeit des Präventionsadressaten	244
aa) Das zweistufige Gefährlichkeitsurteil	244
bb) Der zeitliche Umfang der sozialen Gefährlichkeit	247
cc) Der Adressatenkreis – die allgemeine und qualifizierte Gefährlichkeit	248
dd) Die allgemeine Gefährlichkeit und ihr verfassungsrechtlicher Rahmen	250
ee) Die qualifizierte Gefährlichkeit nach Art. 4 c.a.	253
ff) Zwischenfazit	257
b) Inhaberschaft (<i>titolarità</i>) oder Verfügungsmacht (<i>disponibilità</i>)	258
c) Die illegale Herkunft der Vermögenswerte (<i>provenienza/origine illecita</i>)	260
d) Das Missverhältnis zwischen den Vermögenswerten und dem angegebenen Einkommen oder der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeit (<i>sproporzioni con reddito dichiarato o attività economica svolta</i>)	261
e) Fehlende Darlegung der legalen Herkunft der Vermögenswerte durch den Betroffenen	262
f) Zeitlicher Zusammenhang (<i>correlazione temporale</i>)	264
4. Verfahrensrechtliche Aspekte	264
E. Die verfassungs- und konventionsrechtliche Legitimation der italienischen Einziehung von Vermögenswerten mutmaßlich illegaler Herkunft (<i>confisca dei beni di sospetta origine illecita</i>)	269
F. Ausblick	271
Vierter Teil: Länderbericht Griechenland	273
A. Das griechische Einziehungssystem und seine wichtigsten Rechtsgrundlagen	273
I. Die Einziehung im Allgemeinen Teil des grStGB	273
II. Die Einziehung im Besonderen Teil des grStGB	275

III. Die Einziehung im Nebenstrafrecht	277
B. Die historische Entwicklung der Einziehung im griechischen Rechtsraum	278
I. Vom attischen (Straf-)Recht bis zum grStGB von 1950/51	278
II. Die jüngste Entwicklung der Einziehung	282
1. G. 4478/2017	282
2. G. 4619/2019	287
C. Die wichtigsten Einziehungsformen in der griechischen Strafrechtsordnung	287
I. Die Einziehung nach Verurteilung – Art. 68 (1), (3) und (4) grStGB, Art. 40 (1) und (2) G. 4557/2018, Art. 2 und 4 (1) RL 2014/42/EU	287
1. Die allgemeinen Bestimmungen im Strafgesetzbuch (Art. 68 grStGB)	288
a) Art. 68 (1) grStGB – Die direkte Einziehung nach Verurteilung gegen Täter oder Teilnehmer	288
b) Art. 68 (3) grStGB – Die Wertersatzeinziehung	294
c) Art. 68 (4) grStGB – Die Geldstrafe	295
d) Art. 68 (2) grStGB – Das Verhältnismäßigkeitsprinzip	297
2. Die speziellen Bestimmungen in der Geldwäschegesetzgebung (Art. 40 G. 4557/2018)	300
a) Art. 40 (1) G. 4557/2018 – Die direkte Einziehung nach Verurteilung gegen Täter oder Teilnehmer	300
b) Art. 40 (2) G. 4557/2018 – Die Wertersatzeinziehung und die Geldstrafe	302
3. Zwischenergebnis	303
II. Die Dritteinziehung – Art. 68 (5) grStGB und Art. 40 (1) (3) G. 4557/2018	303
III. Die Einziehung ohne Verurteilung	309
1. Art. 76 grStGB – Einziehung als Sicherungsmaßnahme	309
2. Art. 40 (3) G. 4557/2018 – Die Einziehung ohne Verurteilung (des Täters)	310
3. Art. 41 (1) G. 4557/2018 – Staatliche Entschädigung	314
4. Art. 160 G. 2960/2001 – Einziehung bei Schmuggelei im nationalen Zollkodex	320
5. Art. 9 G. 3213/2003 – Einziehung bei Ungerechtfertigter Bereicherung	322

D. Die verfahrensrechtlichen Bestimmungen	331
I. Das Gesamtbild der für die Einziehung relevanten Verfahrensstadien in der griechischen Strafprozessordnung	331
II. Die Einziehungsanordnung im Zwischenverfahren	333
1. Der Beschluss des Justizrats zur Einziehungsanordnung – Art. 311 (2) (5) grStPO und das Rechtsmittel der Berufung – Art. 311 (2) (6) grStPO	333
2. Die Anordnung der Einziehung ohne Verurteilung – Art. 311 (3) (2) grStPO	334
III. Die Einziehungsanordnung im Hauptverfahren	335
IV. Die Vollstreckung der Einziehungsanordnung	337
V. Die Rechtsmittel im Zwischenverfahren und im Hauptverfahren	337
VI. Die grenzüberschreitende Einziehung	338
1. Die zuständige Behörde für die Übermittlung (Entscheidungsstaat) und die Anerkennung und Vollstreckung (Vollstreckungsstaat) der Einziehungentscheidungen	338
2. Die Rechtsmittel	339
E. Die verfassungsrechtlichen Grenzen der Einziehung	340
F. Ausblick	344
Fünfter Teil: Rechtsvergleichende Aspekte und Schlussfolgerungen	349
A. Rechtsvergleichende Aspekte	349
B. Schlussfolgerungen	366
Literaturverzeichnis	373
Anhang – Die wichtigsten Bestimmungen zur NCBC	395